Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224

Nr. 41 a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei Zusteller-Zustellung 2,10 G.-M. ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von der Lieferung. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Freitag, 18. Februar 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Das schwierige Etatsjahr 1927

Die Finanzaussprache im Reichstag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Febr. Die gestrige und heutige Debatte über den Reichsetat hat recht bedeutungsvolle Gesichtspunkte gezeigt, die für die Betrachtung unseres finanz- und wirtschaftspolitischen Lebens von großer Bedeutung sind. Die Redner aller Parteien haben den Etat recht gründlich studiert und manche recht bedeutsame Dinge aus den trockenen Zahlen des Etats herausgelesen, die sich sonst nur dem Finanzfachmann offenbaren. Bei den Rednern der Deutschnationalen und der Volkspartei wurde der vom Reichsfinanzminister geäußerte Pessimismus noch weiter verstärkt. In der gestrigen Aussprache richtete der deutschnationale Redner das Augenmerk auf starke Lücken des Etats und machte dabei dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold nicht unberechtigte Vorwürfe wegen der Etatsaufstellung, besonders deshalb, weil keine Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, die Kleinrentner und die Besoldungserhöhungen vorgesehen sind. Die Ausführungen des deutschnationalen Redners sind besonders deshalb bemerkenswert, weil er sich entschieden

für eine reichsgesetzliche Regelung der Realsteuern

einsetzt, was einen schweren Eingriff in die Finanzhoheit der Länder bedeuten würde. Er stellte sofern ausdrücklich fest, daß eine Steuerreform, die wirklich der Wirtschaft die notwendige Entlastung bringen soll, vom Reiche ausgehen müsse, was einen Zwischenruf des demokratischen Abgeordneten Koch einbringt: „Sie sind ja schärfster Unitarier!"

Wichtig ist auch die Erklärung des deutschnationalen Redners, daß seine Partei sich mit allen Mitteln dafür einsetzen werde, das

heutige Hauszinssteuergesetz zu beseitigen,

denn der preußische Finanzminister habe die Absicht, dieses Gesetz zur Grundlage der preußischen Finanzwirtschaft zu machen. Damit ist die Richtung für die Haltung der Deutschnationalen bei den kommenden, sehr schwierigen Beratungen des Reichstages über die gesetzliche Regelung der Hauszinssteuer gegeben. Gerade dieses Gesetz wird voraussichtlich schon in nächster Zeit im Reichstage sehr heiß umstritten werden. Man ist heute in weiten Kreisen zu der Ansicht gekommen, daß die Idee Dr. Luthers, die Länder durch die Hauszinssteuer zu finanzieren, mehr oder weniger falsch gewesen ist. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es noch immer zahlreiche Befürworter der Hauszinssteuer gibt. Für die Haltung der Deutschnationalen ist auch bedeutsam, daß sie eine

scharfe Ueberwachung der Steuergesetzgebung der Länder

wünschen. Allgemein kam gestern und heute zum Ausdruck, daß der neue Reichsfinanzminister sein Amt unter recht ungünstigen Bedingungen angetreten hat, denn Dr. Reinhold habe die von ihm bei Amtsantritt übernommene Gesamtreserve von 900 Millionen Mark restlos verwirtschaftet. Das hätte nicht der Fall sein dürfen, denn das Reich hätte in das an sich wirtschafts- und finanzpolitisch so schwierige Jahr 1927 mit einem Ueberschuß hineingehen müssen. Schon Reichsfinanzminister Dr. von Schlieben, dessen Finanzpolitik so scharf umstritten ist, hätte vor dem Etatsjahr 1927 gewarnt und darauf hingewiesen, daß von diesem Jahre an die finanzpolitischen Schwierigkeiten beginnen würden, die nur dann glatt überwunden werden könnten, wenn eine ausreichende Reserve vorhanden sei.

Sitzungsbericht

Berlin, 17. Februar. Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung am 2 Uhr.

Die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1927 wird fortgesetzt.

Abg. **Neubauer** (Komm.) stellt fest, daß seit Bestehen der deutschen Republik 15 Reichsregierungen sich betätigt hätten. Jedes Kabinett hätte also eine durchschnittliche Lebensdauer von sieben Monaten gehabt. Dieser Konsum an Regierungen sei einigermaßen groß. Es gab in diesen Jahren 10 Finanzminister, und zwar drei Demokraten, drei Zentrumsleute, einen Deutschnationalen, einen Deutsch-Volksparteiler und als besondere Perle den Sozialdemokraten Hilferding. Die ersten Finanzminister brachten Deutschland mit Meisterschaft in die Billioneninflation. Dann kamen die Finanzminister der Stabilisierung. Dr. Luther war der Mann der brutalen Steuernotverordnungen, der Massenaussaugung. Herr von Schlieben brachte die ungeheuerlichen Steuer- und Zollwuchergesetze. Es war eine Korruptions- und Subventionspolitik. Reinhold war der Mann des Finanzkapitals, der die ganze Finanzpolitik im Sinne des Trustkapitals leitete. Als der Redner behauptet, die Sozialdemokraten hätten die Subventionspolitik für die Ruhrindustriellen mitgemacht, erhebt sich bei den Sozialdemokraten lauter Widerspruch. Neubauer wirft ihnen darauf Lüge und Schwindel vor und wird zur Ordnung gerufen. Die deutsche Republik sei eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung des deutschen Volkes.

Abg. **Reinath** (D. Vp.) hebt hervor, daß

Deutschland finanziell an einen Wendepunkt

herangekommen sei. Die Geldebbe sei zurückgegangen. Schon die letzte Anleihe sei eine Defizitanleihe gewesen. Jetzt habe eine Anleihe zur Deckung des Defizits freilich nicht so edle Wirkung, wie es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen war. **Eine Aufbesserung der Beamtengehälter sei erforderlich. Wenn die Daweslasten in den nächsten Jahren voll zur Durchführung kommen, so würde für Deutschland eine ganz bedenkliche Lage sich ergeben. Eine weitere Erhöhung der gesamten deutschen Steuerlast sei unmöglich. Es müßten im Gegenteil im Interesse der Wirtschaft Steuermilderungen eintreten. Beim Wehretat werden sich** kaum wesentliche Ersparnisse machen lassen. Fühlbare Einsparungen werden sich nur bei den Ländern und Gemeinden machen lassen. Es geht nicht länger an, daß auf Kosten der Gesamtheit der Reichsbürger die Sonderstaatlichkeit einzelner Länder künstlich aufrecht erhalten wird.

Wir verlangen deshalb die Aufhebung des § 35 des Finanzausgleichs, der das Reich verpflichtet, Länder mit verhältnismäßig geringem Steueraufkommen durch Sonderzuschüsse zu unterstützen. Technische und sachliche Gründe sprechen für eine vorläufige Regelung des Finanzausgleichs. Aber die endgültige müsse möglichst bald kommen.

Eine Erhöhung der steuerlichen Reichsgarantie sei bedenklich. Die Gemeindegetränkesteuer sollte ganz aufgehoben werden. Die Ausartungen der Realsteuer müßten sofort beseitigt werden. Der Redner fordert ein entsprechendes Reichsgesetz und tritt für baldiges Verschwinden der Hauszinssteuer ein. Die Einkommensteuer sei überspannt, die Tarifsätze steigen zu rasch an.

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) verteidigt die Finanzpolitik des letzten Finanzministers Dr. Reinhold, die eine Belebung der Wirtschaft gebracht habe. Wenn der Finanzminister die Lage so pessimistisch beurteile, so sei nicht zu verstehen, wie er die bekannte Abmachung treffen konnte, durch die den Ländern und Gemeinden 200 Millionen mehr zugewiesen werden sollen. Der Redner fordert Sparsamkeit. Die Kanalbauten könnten samt und sonders gestrichen werden. (?) Dadurch ließen sich 100 Millionen ersparen. Dagegen müsse dem Flugwesen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Viel zu kostspielig sei der Pferdebestand unseres kleinen Heeres. Zu Unrecht bedrücken uns die Besatzungslasten. Vor uns stehe

das große Geschenk der Reparationen.

Herr von Schlieben habe den großen Fehler gemacht, durch die Beibehaltung der zu hohen Steuern die deutsche Reparationslast zu erhöhen. Es war durchaus richtig, daß Dr. Reinhold die für die Wirtschaft unerträglichen Steuern senkte. Es ist ein Unterschied, ob man die Dinge rein bürokratisch fiskalisch, oder ob man sie volkswirtschaftlich betrachtet, und die Steuerpolitik so macht, daß die Wirtschaft daran nicht zugrunde geht. (Zustimmung bei den Demokraten.) Vor allem solle man mit der Gesetzemacherei aufhören. Die Finanzbeamten ersticken unter der Fülle der Gesetze. Unerhört sei es, wenn der Großgrundbesitz gegenüber den Bauern steuerlich bevorzugt werde. Der Redner erklärt sich mit der vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs einverstanden.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Der Haushaltsplan wird dem Hauptausschuß überwiesen. Die erste Lesung wird aber noch weiter fortgeführt. Das Haus vertagt sich auf Freitag 3 Uhr. Weiterberatung. Schluß ¾5 Uhr.

*

Berlin, 17. Februar. Zwischen den Regierungsparteien fand nach der Reichstagssitzung eine Aussprache in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Brauns über das Arbeitszeit-Notgesetz statt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Köhlers Etatsrede erregt Aufsehen

Der Protest gegen die Daweslasten.

Newyork, 17. Febr. Die gestrige Etatsrede des Finanzministers Köhler wirkte hier geradezu als Sensation. Die gesamte Presse hebt hervor, daß erstmalig eine deutsche amtliche Persönlichkeit im Parlament die unmögliche Erfüllung der Daweslasten feststellte. Die Rede hat daher, von hier aus gesehen, die allergrößte Bedeutung. Auch bei der Rede Köhlers zeigt sich wieder ein erfreulicher Umschwung in dem offiziellen Deutschland seit dem Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett. Das Ausland beginnt bereits als Tatsache hinzunehmen, daß die dauernden deutschen beschämenden Auslandsverbeugungen aufhören.

Veröffentlichung der Richtlinien der Regierungsparteien

Berlin, 17. Februar. Die Koalitionsparteien des Reichstages haben beschlossen, die Richtlinien und protokollarischen Zusätze, die seinerzeit als Grundlage der Regierungsverhandlungen dienten, zur Veröffentlichung freizugeben, um weiteren Mißdeutungen vorzubeugen. Der nunmehr veröffentlichte authentische Wortlaut der Richtlinien deckt sich mit dem von der „Vossischen Zeitung" in der Frühausgabe des 27. Januar 1927 veröffentlichten Text, den die Telegraphen-Union am 26. Januar in Funkmeldung Nr. 55 übermittelt hat. In den Bestimmungen über die Reichswehr heißt es lediglich noch zu Punkt II, der den Angehörigen der Reichswehr die Verbindung mit politischen Verbänden usw. verbietet: „Diese Bestimmungen sollen strengstens durchgeführt werden." Das Zusatzprotokoll lautet in seinem authentischen Text wie folgt:

In Erläuterung vorstehender Richtlinien sind sich die in der Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen noch über folgende Punkte einig geworden:

1. Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno wird weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich in Zweifel gezogen werden.

2. Der Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben erstreckt sich, wie sich aus dem Zusatz des Artikel III ergibt, auch auf die Handelsflagge.

3. Der Vergangenheit und ihren Symbolen muß gleichfalls Achtung gezollt werden und dieser Gedanke soll in der Regierungserklärung seinen Ausdruck finden.

4. Wichtige Anträge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere solche auf Aenderung der Verfassung, sollen nur nach vorherigem Benehmen der Regierungsparteien gestellt werden.

Der Anker

Gelegentlich der Aussprache über die Erklärung der neuen Reichsregierung hat der Abgeordnete Stegerwald vom Zentrum gesagt, die Demokraten würden bei den nächsten Wahlen einfach dezimiert werden. Das ist eigentlich bei dem Häuflein ein bißchen zuviel gesagt. Wären bei uns nicht die Zustände im Parlament so eigenartig, dann wäre von ihnen überhaupt schon gar keine Rede mehr. Aber immerhin scheint ihnen der Schreck doch in die Glieder gefahren zu sein. Sie machen eine wilde Reklame, und Herr Koch, der Vorsitzende der Partei, fährt im Vaterland umher, um überall zu erklären, weshalb man nicht in die Regierung gegangen sei, obgleich sie kein Mensch hat haben wollen. Aber immerhin man tut so, als sei man etwas, um die Aufmerksamkeit von der höchst peinlichen Angelegenheit auf andere abzulenken. Und so haben sie am letzten Montag im großen Sitzungssaal des alten Herrenhauses eine Tagung in Berlin abgehalten, um ihren Leuten wieder Mut zu machen. Aber man weiß, daß man mit den immer gleichen Reden keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann. Deshalb muß man zu anderen Mitteln greifen.

Man hatte sich eine richtiggehende „Sensation" verschrieben. Bekanntlich hat der frühere Adjutant des Kronprinzen, Major Anker, vor einiger Zeit ein paar Artikel ausgerechnet im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht, deren Zweck und Bestimmung eigentlich niemand verstanden hat. Man könnte höchstens das „Berliner Tageblatt" loben, daß es den Herrn dazu bekommen hat, ausgerechnet in diesem Blatt gegen das alte Regime und seine angebliche Schuld sein Herz zu erleichtern. Dieses Blatt, das seit Jahrzehnten dem deutschen Staat mehr geschadet hat als die ganze Sozialdemokratie. Und nun hat man Herrn Anker auf diese demokratische Tagung geschleift und Herr Anker hat auch gesprochen. Hat auch erzählt, er sei bis vor zwei Jahren Deutschnationaler gewesen und hätte der Partei eine Menge Wähler geworben. Dann hätte man ihm aber abgewinkt, weil die Erinnerungen an die alte Zeit nicht mehr am Platze seien. Eine etwas dunkel gehaltene Wendung und noch unklarer sein pathetischer Ausruf, man müsse die Deutschnationalen entlarven, weil ihr Patriotismus nicht echt sei. Und dann im Stile der Demagogie, sie hätten sich bei der Revolution ins Mauseloch verkrochen. Und am Schluß das schöne Wort, daß ein freies und starkes Deutschland erstrebt werden müsse, das im Rate der Völker geachtet sei.

Herr Anker hat auch verkündet, er habe zwei Jahre gebraucht, um Klarheit zu gewinnen. Es scheint aber, daß er in dieser langen Zeit noch nicht am Ende angelangt ist, denn es ist einfach nicht recht verständlich, daß er im Streben nach einem starken und freien Deutschland ausgerechnet zu den Demokraten gegangen ist, die in eifrigem Liebesdienst am Rockschoß der Sozialdemokratie alles tun, um das nicht zur Vollendung kommen zu lassen, was in Herrn Ankers Brust als Ideal lebt. Doch es soll nicht mit Herrn Anker deshalb gerechtet werden. Es ist aber keine Empfehlung für ihn, daß er in dem Ringen um Klarheit die Demokraten noch nicht erkannt hat, die doch alles getan haben, um ihre Ziele zu enthüllen. Die an ihren Taten doch unschwer als das zu erkennen sind, als was sie Bismarck schon in ihren Vorläufern gezeichnet hat, die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Da gibt es keine Entschuldigung. Auch nicht, daß der Offizier im alten Heere sich mit der Politik aus verständlichen Gründen nicht beschäftigen sollte.

Das, was Herrn Anker zum Vorwurf gereicht, das liegt auf einem anderen Gebiet. Kein Mensch wird ein Wort darüber verlieren, daß er sich betätigen möchte, um nach seinem Wunsche dem Vaterland zu helfen. Aber dann muß er sich in der Wahl der Mittel Klarheit verschaffen. Das ist das traurige Zeichen der sogenannten neuen Zeit, daß soviel Leute den inneren Halt verloren haben. Daß sie das nicht bloß mit Worten herbster Kritik verdammen, was vordem ihr Lebenselement gewesen ist, sondern daß sie das in aller Oeffentlichkeit tun und vom Beifall derer umrauscht, denen es eine diebische Freude bereitet, daß die ehemaligen Stützen der Monarchie nun bekennen, daß das alles nichts getaugt habe. Daß sie das alles erst entdeckt haben, seit dieses alte System zusammengeschlagen wurde. Weil sie Dinge tun und Worte sprechen, die mit ihrer Natur eigentlich gar nichts zu tun haben. Weil sie den Stolz nicht haben, sich auch zu einer Sache noch zu bekennen, die selbstverständlich nicht ohne Fehler gewesen ist, der sie aber einst geschworen haben. Und daß sie dann zu denen sich wenden, die ihre Person nur als Reklame benutzen, aber innerlich keine Gemeinschaft haben.

Darin beruht die Schuld auch des Herrn Anker, daß er für anständige Leute nichts gegen die alte Zeit sagt, sondern daß er enthüllt, wie wenig sein Charakter den Anforderungen des Mannes genügt. Gerade in den Zeiten, wo alles wankt, erweist sich der Mann. Das Alte zu begeifern ist kein Heldenstück, denn es wird nur ein übles Beispiel nachgeahmt. Aus der echt deutschen Eigenschaft der politischen Torheit und der Sucht zur Selbstvernichtung. Darin beruht die deutsche Tragik, und wenn Anstand, Würde und Treue bei uns immer seltener werden, dann hat Herr Anker die Zahl derer um eine Nummer vermehrt, die die Schuld daran tragen, daß Böswillige das alte Regime mit Recht anklagen. Weil es nicht beizeiten für Reinlichkeit gesorgt hat. **O.**

Das Kaiserin Elisabeth-Denkmal in Meeran zerstört

Meeran, 17. Februar. In der vergangenen Nacht wurde von dem auf dem Meeraner Kurplatz stehenden Denkmal der Kaiserin Elisabeth den Kopf abgeschlagen, der später an anderer Stelle gefunden wurde. **Der Bozener Präfekt** hat daraufhin in Maueranschlägen **die ruchlose Tat schärfstens** verurteilt und die strengste Ahndung des Verbrechens versprochen. **Der Präfekt hat die Meeraner Behörden aufgefordert, das Denkmal** unverzüglich wiederherzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702182-11/fragment/page=0001

Die Gewerbesteuer vor dem Landtag

Berlin, 17. Febr. Im preußischen Landtag gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. von der Osten (Dntl.) eine Erklärung ab, in der er die Verleumdungen, die der vom „Vorwärts" veröffentlichte offene Brief des Arbeiters Graß aus Berlitz enthalte, als unrichtig zurückwies. Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Vorlagen wird die

zweite Beratung der Gewerbesteuer

für 1927 fortgesetzt.

Finanzminister Höpker-Aschoff weist auf das kommende Reichsrahmengesetz hin und ersucht das Haus, alle Anträge auf weitere Herauslassung aus der Gewerbesteuer zurückzustellen, auch die Anträge auf Abzug der Schulden und Schuldenzinsen. Er bittet den Landtag, dem Beschluß des Hauptausschusses beizutreten.

Abg. Bayer-Waldenburg (D. V. P.) erklärt, bei den Gewerbetreibenden herrsche die Ueberzeugung, daß es sich bei der

Gewerbesteuer um eine ungerechte Sonderbesteuerung

handle. Diese müsse entschieden bekämpft werden. Die Steuer müsse grundsätzlich so umgestaltet werden, daß he der Leistungsfähigkeit der Betriebe angepaßt ist.

Abg. Dr. Jacobshagen (Dntl.) tritt nochmals für die Abänderungsanträge seiner Fraktion, insbesondere für die Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen ein. Thüringen und Sachsen hätten eine analoge Fassung, wie sie von den Deutschnationalen vorgeschlagen werde.

Abg. Hourth (Dem.) tritt erneut für Milderungen für die Kleinlohngewerbetreibenden und Agenten ein, und erklärt, durch ein scharfes Vorgehen gegen die Konsumvereine würde der Mittelstand selbst den größten Schaden gehabt haben.

Abg. Schön (W. V.) lehnt die Gewerbesteuer als eine Sondersteuer ab. Auch der Finanzminister tut unlängst dafür eingetreten. (Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff: „Das stimmt nicht!")

Die Beratungen werden unterbrochen durch Vornahme der Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat.

Der Antrag der Wirtschaftspartei das Wohnungsmangelgesetz in Preußen binnen kürzester Frist außer Kraft zu setzen, wird abgelehnt, ebenso der Antrag derselben Fraktion auf Vornahme einer Mietserhöhung im Interesse der Hausbesitzer. Damit ist die zweite Beratung des Wohlfahrtsgesetzes abgeschlossen.

Die Abstimmungen über die Aenderungsanträge zur Hirtsiefer-Verordnung sollen am morgigen Freitag vorgenommen werden.

Das Haus setzt dann die Beratung der Gewerbesteuer fort.

Abg. Metzinger (Zentr.) weist die Angriffe auf die Konsumgenossenschaften entschieden zurück und erklärt, daß sein Fraktionskollege Lange-Dittersbach nicht für die Zentrumsfraktion, sondern nur für seine Person gesprochen habe. Die arbeitenden Massen müßten heute in die Wirtschaft hineinwachsen und Mitbesitzer der Wirtschaft werden.

Abg. Lange-Dittersbach wendet sich unter großer Heiterkeit des Hauses gegen den Vorredner und hebt hervor, daß es sein gutes Recht als selbständiger Kaufmann sei, die Interessen des gewerblichen Mittelstandes, der im Konkurrenzkampf gegen die Konsumvereine stehe, zu vertreten. (Unruhe und Zurufe links.) **In der Abstimmung wird die Vorlage über die Gewerbesteuer nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.**

Damit ist die zweite Beratung der Gewerbesteuer erledigt. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltes der Domänenverwaltung.

Abg. Dr. Stemmler (Zentr.) fordert ausreichende Unterstützung der Domänenweingüter, die infolge der gestiegenen Bewirtschaftungskosten mit Defizit arbeiten müßten. Er sei eine moralische und politische Pflicht der Regierung, in ihrer Fürsorge für die staatlichen Badeorte, die Bäder des besetzten Gebietes zu bevorzugen.

Abg. Steudel (D. V. P.) setzt sich für die Erhaltung guten Kulturbodens im Sinne der leider noch nicht durchgeführten Landtagsbeschlüsse ein und beantragt,

den Siedlern Anschaffungskredite zu geben.

Diesen Antrag hätten die Demokraten, die sonst mit ihrer Siedlungsfreundlichkeit agitieren, abgelehnt. Die Staatsregierung habe leider nicht verstanden, aus Norderney ein moderes Bad zu machen. Der Redner setzt sich zum Schluß für die deutschen Bäder ein.

Freitag 12 Uhr Weiterberatung. Vorher kleine Vorlagen. Abstimmungen über die Anträge zur Hirtsiefer-Verordnung und über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Minister Hirtsiefer.

General Heye verteidigt die Reichswehr

General Heye vor dem Haushaltsausschuß

Berlin, 17. Februar. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums fort. Reichstagspräsident Löbe wohnte der Sitzung bei. Der Chef der Heeresleitung, General Heye, schilderte das Bild der Reichswehr, wie es sich ihm und seinen Mitarbeitern darstellt. Der General brachte den Wunsch zum Ausdruck, im Reichstag nicht nur Kritiker zu sehen, sondern in ihm auch die Brücke zu finden, die von Volk und Vaterland zur Reichswehr führt. Besonderen Wert lege er darauf,

die Reichswehr dem Volke und dem Vaterland nahe zu bringen

und das Mißtrauen, das offensichtlich im Volke herrsche, zu beseitigen. Er kämpfe nicht um eine gute Presse und wolle mit seinen Ausführungen darlegen, wie die Reichswehr die gegen sie gerichteten Angriffe auffaßt. Daß die kleine Reichswehr ein Volksheer, ein Glied des deutschen Volkes und Vaterlandes sei und bleibe, sei sein Ziel. Das Heer könne nicht im Frieden, noch weniger im Kriege allein stehen. Es könne den Kampf nur führen, wenn das ganze Volk hinter ihm stehe. Wenn es einmal zum Kriege komme, so möchte er wünschen, daß **das ganze Volk, wie im Jahre 1914, Schulter an Schulter in den Krieg ziehe.** Es sei klar, daß die Außenpolitik häufig mit den Arbeiten und den Zielen der Wehrmacht in einem natürlichen Gegensatz stünden. Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich dagegen mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Er könne verstehen, daß eine Armee nicht nötig sei. Sei sie aber da, so müsse die Armee

zum Krieg in vollstem Sinne erzogen

werden. Ein Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Bei allen müsse man berücksichtigen, daß die Reichswehr in der schwersten Entwicklung stehe. Wie sollte bei einer zwölfjährigen Dienstzeit die Berufsfreudigkeit im Soldaten erhalten werden. Andere Mittel als früher werde man anwenden müssen. Daß die Reichswehr jetzt auf festen Säulen stehe, danken wir dem Minister Geßler und Generaloberst a. D. von Seeckt. Die Fortschritte im Heerwesen gingen heute so außerordentlich schnell vor sich, daß man vor der Kritik sogenannter Fachleute besonders vorsichtig sein müsse. Er begrüßte den Vorschlag, daß der Reichstag die Truppen bei ihren Uebungen und in ihrem Kasernenleben kennen lernen wolle. Alles über die Reichswehr Gesagte und Geschriebene, von welcher Seite es auch komme, werde nachgeprüft. Pflichtgemäß müsse er sich jedoch gegen Reformen wenden, die eine völlige Aenderung des Systems bedeuteten, da er davon nur eine Verschlechterung befürchte. So habe sich auch die Ersatzfrage zu dem jetzigen System aus der Praxis der Truppenerfahrungen entwickelt. Er mache keinen Unterschied zwischen den Anwärtern.

Es werde gesagt, daß die Reichswehr nicht republikanisch sei. Er wisse, daß es Offiziere gäbe, die die Monarchie für die bessere Staatsform halten, aber gerade die Offiziere, die offen ihre Ueberzeugung zum Ausdruck brächten, dienten treu und bewußt der deutschen Republik und darauf komme es doch schließlich an. Mit gewissen Fragen würden untragbare Schnüffeleien verbunden sein.

Er erinnere an Persönlichkeiten des alten Heeres, an Deimling, Schönaich usw., die es auch in der alten Armee zu etwas gebracht haben. Er nehme nicht an, daß diese Männer ihre Gesinnung erst nach dem Kriege gewechselt hätten.

General von Haack geht dann auf die Einzelfragen ein. Er betonte, daß die

Erhöhung des Etats

tatsächlich gegenüber den Forderungen des Vorjahres ein Minus von einer halben Million sei, da im vorjährigen Etat sieben Millionen gestrichen worden seien.

Der Ausschuß begann dann die Generalaussprache über den Etat, deren Fortsetzung auf Freitag vertagt wurde.

Die Offensive der Kantontruppen beginnt

Der Aufmarsch der Kanton-Armee

London, 17. Februar. Die Offensive der Kantontruppen hat begonnen. In London sind Nachrichten eingetroffen, nach denen die Kantontruppen der Armee des Marschalls Sun Tschuan Fangs in Chekiang eine schwere Niederlage zugefügt haben und auf das wichtigste Zentrum, Hangchow, vorgerückt sind. Aus Schanghai wird berichtet, daß andere Kantontruppen Chuchaufu, 45 Meilen südwestlich von Hangchow, genommen haben. Die Streitkräfte Sun Tschuan Fangs sind zahlenmäßig immer noch den Kntontruppen gegenüber überlegen, aber augenscheinlich seien den Berichten zufolge die Truppen demoralisiert und zu den Kantontruppen übergelaufen. Nach Meldungen aus Peking sollen in Pukow und Nanking Truppen der Schantungarmee in Stärke von 80 000 Mann mit dem Befehl, nach Schanghai abzurücken, bereitstehen. Honan ist von Truppen Tschangtsolins, die sich auf 140 000 Mann beziffern sollen und von denen ein Teil bereits den Gelben Fluß überschritten hat, besetzt worden.

Die Kantontruppen vor Schanghai

London, 17. Februar. In China scheint irgend eine Entscheidung in diesen Tagen fallen zu sollen. Die Kantontruppen haben nach den letzten Verhandlungen mit den Engländern, teilweise sogar schon während derselben, die große Offensive gegen die Nordarmee Tschangtsolins wieder aufgenommen. Sie sind bis dicht vor Hangschau gelangt, den Endpunkt der strategischen Zugangsbahn nach Schanghai. Seit den frühen Morgenstunden erwartete man jeden Augenblick die Nachricht von der Einnahme Hangschaus durch die Kantonesen. Der Fall dieser Stadt bedeutet aber die unmittelbare Gefährdung Schanghais. Besser hätte die Kantonregierung ihre letzte Forderung, daß die Engländer allein mit ihr als der maßgeblichen chinesischen Regierung verhandeln und vereinbaren wollten, nicht bekräftigen können, als durch diesen vielversprechenden Vormarsch gegen Schanghai. Marschall Sunschuanfang, der bisher als eine Art Vorhut Tschangtsolins die Wacht gegen Süden hielt, befindet sich auf der Flucht. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Hangschau-Schanghai (etwa 160 Kilometer Entfernung) ist eingestellt worden. Es laufen zurzeit nur noch die letzten Truppentransportzüge Sunschuanfangs. Einer der Untergenerale des Marschalls hat sich sogar von ihm getrennt und marschiert bereits mit den Kantontruppen. Seine Truppen bilden den letzten Flügel des konzentrischen Angriffes auf Schanghai. Inzwischen bereitet sich Tschangtsolin unter Einsatz der gesamten Nordarmee für den Entscheidungskampf gegen den Süden vor. Der Hoangho ist bereits überschritten und Verteidigungsstellungen sind bezogen. Die Provinz Honan, insbesondere deren südlicher Teil, wird den Schauplatz der Entscheidungsschlacht abgeben, wenn — es zu einer solchen noch kommt; denn unzweifelhaft besteht auch in diesem Augenblick noch auf beiden Seiten der Wunsch, durch ein irgend wie geartetes Abkommen über die Begrenzung der gegenseitigen Machtsphären zwischen Nord und Süd doch noch eine gemeinsame Front (wenn auch nur Verhandlungsfront) gegenüber den fremden Mächten herzustellen.

Hangschau besetzt

Berlin, 17. Februar. Nach einer Abendblättermeldung sind die Kantontruppen heute vormittag in Hangschau eingerückt.

Auf dem Eisenbahngleis tot aufgefunden

Aschaffenburg, 17. Februar. Auf dem Bahngleis des Hauptbahnhofs Aschaffenburg wurde gestern der Eisenbahngehilfe Geßlert mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Wobei er verunglückt ist, steht noch nicht fest.

Mittelholzer in East-London gelandet. Der Afrikaflieger Mittelholzer ist nach den letzten Meldungen am Mittwochabend in East-London (Ostküste Kaplands) angekommen.

Und im Unglück nun erst recht!

5) **Ein deutscher Roman von Hermann Richter.**

Doch nein! Der Inspektor Krause hatte ihm neulich erklärt, daß die Steuerlast nach der Einführung der Rentenmark unerträglich geworden sei. Er sprach von der erdrückenden Grundvermögensteuer, von der Verzinsung der Rentenbankgrundschuld, von der landwirtschaftlichen Betriebsabgabe. Und dann schimpfte er auf die katastrophal niedrigen Getreidepreise, 5,— ℳ für den Zentner Roggen, schlimmer als in den Caprivi-Zeiten — und auf die ungeheuer hohen Preise für die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel.

Mein Gott, wohin sollte das führen, wenn nun wieder eine Mißernte kam? Der Roggen zeigte schon einen verdächtig blauen Schein. — —

Er hieb mit der Reitpeitsche durch die Luft und schlug keck eine sterbende Kastanienkerze vom Ast.

„Ach was! Laß die Alten sich mit den Sorgen quälen! Ich bin ja noch jung. Das Mädesüß da und die blaue Wegwarte dort, sie nicken so fröhlich. Vorwärts, Blitz!"

Er gab dem Rappen die Sporen, winkte den Leuten kurz zu, die einen Augenblick von ihrer Arbeit aufblickten und dem schneidigen Reiter nachschauten, und galoppierte der Waldschneise zu.

Da fiel ein Schuß.

Sollte Gisela tatsächlich — jetzt noch, da die Sonne schon den Taunebel verscheucht — —

Er sprang am Waldrand ab, band den Rappen an einer halbwüchsigen Eiche fest und stürmte in die Waldschneise hinein.

„Hallo!"

„Horrido! Hier!"

Ah — dort unter der alten Rotbuche — da stand sie in ihrem grünen Jagdkleid und dem feschen Jagdhut mit dem Gamsbartbüschel, das glühende Gesicht ihm zugewandt.

„Was ist, Gila?"

„Komm her, Dieter! Da — bei den Brombeeren — ein prachtvoller Sechser-Bock! Blattschuß —"

Klaus-Dieter eilte nach der bezeichneten Stelle.

„Waidmannsheil, mein Mädel! Das hast du ja famos gemacht!"

„Waidmannsdank!"

Er brach einen jungen Eichenzweig, rötete ihn mit dem Schweiß des Rehbocks und steckte ihn an den grünen Hut der Schwester.

„Nun heißt's den Bock waidgerecht aufbrechen. Kannst du's noch?"

„O, es wird schon gehen."

Er zog sein breites Jagdmesser.

„Na, laß man! Ich mach's schon allein."

Er wollte sich bücken, doch verhielt er plötzlich. Ein Knacken im Unterholz zur Rechten ward hörbar. Die Geschwister lauschten regungslos. Eine breitschultrige Männergestalt in Lodenjoppe und hohen Stiefeln arbeitete sich zur Schneise.

„Krause ist's."

Gisela hatte ihn mit ihren scharfen Augen sofort erkannt.

„Den hat der Schuß auch herangelockt. Der kann mir helfen."

„Ich soll tatenlos beiseitestehen?"

„Wenn zwei Kavaliere dir die Arbeit abnehmen —"

Er winkte den Inspektor heran.

„Krause! Sehen Sie hier — 'raus das Messer — wir wollen ihn aufbrechen!"

Der Inspektor eilte herbei.

„Wem darf ich gratulieren?"

„Hier steht Diana!" rief Klaus-Dieter fröhlich.

„Gratuliere von Herzen, gnädiges Fräulein."

„Dank, Krause."

Während die Männer ihrer waidmännischen Pflicht oblagen, schritt Gisela tiefer in den Wald hinein. Feierliche Stille herrschte im Waldrevier. Sie horchte, ob sie nicht das Gurren der Wildtauben hörte. Doch nichts regte sich. Die Balz war vorbei, die Brutzeit hatte begonnen. Nur ab und an huschten ein paar Kohlweißlinge, Zitronenfalter und braune feingliedrige Libellen über das kriechende Engelsüß und den gepornten Adlerfarn, grüßten die stolzen Königskerzen und flogen zu den Hainsimen und Gelbsternen.

Wie flockiger Schnee lugte das Wollgras aus dem Moos neben den weißen Lamellen des giftigen Knollenblätterschwamms.

Wie schön war der deutsche Wald mit den schlanken, aufrechten, zur Höhe strebenden Kiefern! Doch da zeigten sich einzelne kahle Wipfel in dem noch jungen Bestande. Als ob der Herbststurm in ihnen gehaust hätte.

Gisela erschrak.

War etwa gar der Kiefernspanner in dem Revier? Das wäre ja entsetzlich! Sie mußte Krause gleich darauf aufmerksam machen.

Wo waren denn die beiden?

Sie stand vor einer Lichtung, die von graufilzigen Walddisteln in Mannshöhe bestanden war und daher den Blick nach dem Wege wehrte, den sie zurückgelegt.

Sie schüttelte lachend den Kopf. Fand sie sich im heimischen Wald nicht mehr zurecht? Sie legte die Hände um den Mund: Juch — huhu!

Keine Antwort.

Nanu —

Sie rief, so laut sie konnte.

Da klang ganz schwach von weit rechts die Antwort herüber.

So weit war sie in den Wald eingedrungen? Nun würden die beiden sicher schon fertig sein. Sie merkte sich die Richtung an einer Eichengruppe und schritt zurück.

An einer kleinen Blöße traf sie auf zahllose Glockenblumen.

„Für die Mutter" flüsterte sie zärtlich und pflückte einen Strauß.

Krause wischte sich den Schweiß von der Stirn.

Klaus-Dieter richtete sich auf.

„Verdammt heiß heute, Krause!"

Der Inspektor holte seine Flasche aus der Rocktasche.

„Schluck gefällig, junger Herr?"

„Na ja, geben Sie her!"

Er nahm einen kräftigen Zug und reichte die Flasche dankend zurück. Der Inspektor trank in kleinen Schlucken und korkte die Flasche wieder zu. Dann wischte er sich bedächtig den Mund und sagte:

„Der junge Herr kommt jetzt gar nicht mehr zur Jagd."

„Hab' wenig Zeit, Krause."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702182-11/fragment/page=0002

Aus Mitteldeutschland

Die Hochwassernöte an der Schwarzen Elster

„Unmöglich, noch jahrelang zu warten."

§ **Bad Liebenwerda,** 16. Februar. Die Hochwassernöte der Bevölkerung längs der Schwarzen Elster waren der Gegenstand einer sehr zahlreich von Landwirten besuchten Versammlung in Bad Liebenwerda. Seitens der Regierung war als Referent der Regierungs- und Baurat Schröder von Merseburg entsandt worden. Er gab einen kurzen Rückblick auf die Fehlerquellen, die sich heute in regenreichen Zeiten im Strombett der Schwarzen Elster so verhängnisvoll auswirken. Die

Unterlassung der Regulierung des Unterlaufes

der Schwarzen Elster im Kreise Schweinitz verhindert in hohem Maße den schnellen Abzug der Gewässer, die vom regulierten Teil her sehr schnell zufließen. Dazu kommt die Verschlammung der Schwarzen Elster durch die Gruben, die im letzten Jahre 110 Millionen Kubikmeter Wasser, also 8 Kubikmeter in der Sekunde, in das Flußbett geleitet haben. Diese Wassermengen bringen außerdem jährlich rund 40 000 Tonnen Schlamm und Sand in die Elster. Dazu treten noch Abfallprodukte aus anderen gewerblichen Betrieben und aus den Städten. Alles das trage dazu bei, das Flußbett und die Vorländer von Jahr zu Jahr einzuengen bzw. zu erhöhen. Der Wasserstand bei Hochwasser ist jetzt um 15—20 Zentimeter höher als früher, und das reicht gerade hin, um die Gefahr des Ueberlaufens bei Hochwasser zu bringen.

Wie kann nun Abhilfe in dieser Not geschaffen werden?

Der Vortragende forderte zunächst, daß die Krümmung im Elsterlauf im Kreise Schweinitz sowie die Verschlammung des Flußbettes durch gründliche Ausbaggerung beseitigt werden. Die Deiche müssen nachgeprüft werden. Die Zuführung von Sickerwassern muß schon auf den Grubenwerken unterbunden werden. Wichtig ist auch der Ausbau des Hochwassermeldedienstes und die Verbesserung der Deichverteidigungsordnung. Dringend notwendig erscheint die Durchführung der Binnenentwässerung.

Die Gründung eines großen Reinhaltungsverbandes

soll das ganze Niederschlagsgebiet der Schwarzen Elster als Verbandsgebiet zusammenfassen, damit alle Industrien, die ihre Abwässer in die Elster leiten wollen, zu den Reinhaltungskosten beitragen müssen. Aufgabe dieses Verbandes wäre: Grundräumung, laufende Unterhaltungsarbeiten, Klärung der Abwässer. Bei der Verteilung der Kosten würden die Verschmutzer 80—85 Prozent aufzubringen haben.

Natürlich muß bis zur Inangriffnahme dieser gesetzlich zu regelnden Arbeiten schon praktisch etwas geschehen. Im Kreise Schweinitz ist eine Elsterregulierungsgenossenschaft gegründet worden, die mit Beihilfe von Staat und Provinz und Zuschüssen aus der Erwerbslosenfürsorge arbeiten wird. Um alle Widerstände, besonders auch aus dem benachbarten Sachsen, zu unterbinden, ist ein Sondergesetz in Vorbereitung, das in Kürze dem Ministerium und dann dem Landtag vorgelegt werden wird.

In einer sehr eingehenden Aussprache brachten sodann die Vertreter aus allen Orten ihre Beschwerden und Klagen, ihre Wünsche und Hoffnungen vor, die seitens des Referenten eine eingehende Beantwortung fanden. Von wirtschaftlicher Seite wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, daß die Landwirtschaft die jetzigen Zustände noch einige Jahre aushalten könnte. Es müßten, abgesehen von den großen Plänen, auch kleinere Abhilfemittel versucht werden, um der Landwirtschaft längs der Schwarzen Elster zu helfen. Scharfe Worte fielen von mehreren Seiten gegen die Bergwerke, die sich bisher rücksichtslos gezeigt hätten.

Das Bodetal ist Naturschutzpark

Thale, 17. Februar. Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurde bei der Beratung über den Kultushaushalt ein demokratischer Antrag, das Bodetal im Harz als Naturschutzpark zu erklären, angenommen. Wenn der Antrag auch die Zustimmung der Vollversammlung finden sollte, dürfte der Plan einer Schwebebahn Thale—Roßtrappe—Hexentanzplatz—Bergtheater endgültig als gescheitert zu betrachten sein.

Magdeburg, 17. Februar. (Unterschlagungen beim Postamt.) Der Oberpostsekretär W. und der Postschaffner A. vom Postamt Magdeburg haben sich der schweren Urkundenfälschung und Unterschlagung schuldig gemacht. Sie sind geständig, 500 Mark unterschlagen zu haben. Die beiden Beamten waren in der Rentenstelle beschäftigt und hatten Rentenquittungen gefälscht. Die Rentenempfänger sind nicht geschädigt. Wohl aber die Postkasse. Man nimmt an, daß es sich bei den unterschlagenen Geldern um mehr als die 500 Mark handelt, die zunächst von den Tätern zugegeben wurden.

Chemnitz, 17. Februar. (Ein Bürgermeister als Brandstifter.) Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Bürgermeister von Alberode wegen Brandstiftung zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Lehesten, 17. Februar. (Wegen Mordversuchs verhaftet.) In der Angelegenheit des kürzlich versuchten Mordes an einem 3½jährigen Kinde in Schmiedebach wurden ein unverheirateter junger Mann — der Vater des Kindes — und seine Mutter unter dem dringenden Verdacht des Mordversuchs bzw. der Anstiftung dazu, verhaftet.

Leipzig, 17. Februar. (Gefängnis für Verbreiter unzüchtiger Schriften.) Die truben Quellen, aus denen Schmutz und Schund fließt, sind häufig schwer aufzufinden und deshalb gesetzlich auch kaum zu fassen. Dies zeigte jetzt eine Verhandlung vor den Leipziger Schöffengericht. Angeklagt war der Buchdrucker Otto Willi Kober aus Leipzig wegen Rückfalldiebstahls sowie Verbreitung und Herstellung unzüchtiger Schriften. Mit ihm saßen noch weitere Personen auf der Anklagebank. Eine Druckschrift „Faust und Gretchen, eine Liebesnacht" setzte Kober sich heimlich bei seinem Arbeitgeber, ließ den Satz dann verschwinden und bei einem Buchdrucker vervielfältigen. Dann stellte er noch ein ähnliches Machwerk „Die lustige Witwe" her. Den Absatz sollte ein Händler vor allen Dingen auf Tanzsälen besorgen; er wurde aber durch Anwesenheit von Kriminalbeamten unterbunden. Das Gericht verurteilte Kober wegen Rückfalldiebstahls und Herstellung und Verbreitung unsittlicher Schriften zu zehn Monaten Gefängnis und sprach ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren ab. Ein Korrektor, der an dem Diebstahl beteiligt war, erhielt sechs Wochen Gefängnis, drei weitere Angeklagte kamen mit Geldstrafen von 40 bis 300 Mark davon, der sechste Angeklagte wurde freigesprochen.

Oberröblingen a. S., 17. Februar. (Auch der Dritte festgenommen.) Zur Festnahme der Diebe, die längere Zeit hindurch die Güterzüge auf der Strecke Halle—Oberröblingen beraubten, erfahren wir, daß nunmehr auch die Dritte im Bunde, der seinerzeit, als die Diebe gestellt wurden, flüchten konnte, in Nietleben verhaftet worden ist. Es ist der Bruder des einen der verhafteten Spitzbuben.

Nordhausen, 17. Februar. (Automobil gegen Bauernwagen.) Dienstag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr ereignete sich auf der Sundhäuser Chaussee ein Autounglück, das leicht schwere Folgen hätte nach sich ziehen können. Von der Richtung Heidehaus kommend kollidierte kurz hinter der Sundhäuser Brücke ein neuer N. A. G.-Wagen, der von dem Käufer abgenommen werden sollte, mit einem ihm entgegenkommenden Bauernwagen. Durch den Anprall wurde das in überaus schnellem Tempo fahrende Auto herumgeschleudert. Alle Insassen flogen hinaus, kamen aber, von einigen Schnittwunden abgesehen, mit dem Schrecken davon. Das Auto selbst ist stark beschädigt, ebenso das Fuhrwerk.

Mölmeck, 17. Februar. (Ein Bubenstück.) In der Nacht zum Freitag und in der Nacht zum Montag wurden in der Schulstraße mehrere Drähte in doppelter Stärke über die Straße gespannt. Den Frevlern wurde es leicht gemacht, zu den Drähten zu gelangen, denn diese waren auf der Straße von den Hauseigentümern der Anschlüsse liegen gelassen worden.

Querfurt, 16. Februar. (Balkenbrand.) Montag abend entstand in der Gaststube des Restaurants zur „Reichskrone" durch Ueberheizung des Ofens ein Decken- und Balkenbrand. Der Brand ist durch unvorschriftsmäßige Schornsteine entstanden. Zwei Feuerwehrleute brachten den glimmenden Brand mit einem Minimaxapparat zum Verlöschen. Der Schaden ist beträchtlich.

Turnen, Spiel und Sport

Vom Halleschen Box-Sport

Eine Mannschaft der Box-Abteilung des H. F. C. Wacker war dem Rufe des V. f. B. Schönebeck folgend, nach dort gefahren. Dremello stand seit langer Zeit wieder einmal im Ring. Er kämpfte im Federgewicht gegen Dähne-Schönebeck und mußte diesem einen Punktsieg lassen. Der Wackeraner wurde im Leichtgewicht ebenfalls geschlagen, und zwar von Weder-Schönebeck. Schober scheint in seiner Form zurückgegangen zu sein und mußte seinem Gegner einen einwandfreien Punktsieg überlassen.

Dagegen vermochte der Leichtgewichtler Görl-Wacker in einem Kampfe gegen Muscheck-Schönebeck erneut seine gute Form unter Beweis zu stellen, und errang einen einwandfreien Punktsieg.

Der mitteldeutsche Meister Boer-Wacker stand dem Leichtgewichtler Gatz-Schönebeck gegenüber. In diesem schönsten Kampf des Abends brillierte Boer durch saubere Linksarbeit und vermochte so seinen weit schwereren Gegner klar nach Punkten zu schlagen. Meyer-Wacker boxte das erste Mal im Weltergewicht gegen Niemann-Schönebeck. Nach offenem Kampfe wurde Meyer in der dritten Runde hart am Kinn getroffen und war derart erschüttert, daß der Ringrichter den Kampf zu Gunsten Niemanns abbrach.

Der Weltergewichtler Paulino-Wacker stand dem ehemaligen mitteldeutschen Meister Koch-Schönebeck gegenüber. Der Wackeraner war heute außerordentlich hart im Schlagen und hatte seinen ehemals großen Gegner in der dritten Runde vollständig zermürbt. Als Koch im Begriff war, aufzugehen, ertönte der Gong. Das gegebene Urteil: „Unentschieden" wurde der weit besseren Leistung des Wackeraners nicht gerecht.

Es sei darauf hingewiesen, daß die komplette erste Kampfmannschaft des H. F. C. Wacker bei dem nächsten Kampfabend dieses Vereins, der am 7. März stattfindet, gegen gute auswärtige Gegner im Ring erscheinen wird. U. a. sind drei bekannte Boyer vom Box-Klub „Heros"-Berlin verpflichtet.

Sport und Sportgeräte

Die Leipziger Messe als Markt der deutschen Sportartikelfabrikation.

Während das Turnen schon seit vielen Jahrzehnten Allgemeingut aller Kreise des deutschen Volkes geworden ist, muß der Sport in Deutschland als noch jung angesehen werden. Wir haben ihn verhältnismäßig spät von den angelsächsischen Ländern übernommen. Dann aber, seit etwa einem Menschenalter, ist er in Deutschland sehr beliebt geworden und drang in überraschend schnellem Tempo binnen kurzem bis in alle Schichten der Bevölkerung.

Aehnlich wie mit der Entwicklung der Turn- und Sportbewegung ist es auch mit der Entwicklung der Turn- und Sportgeräte gewesen. Turngeräte wurden von deutschen Firmen schon seit langer Zeit in hervorragender Qualität hergestellt. Sportgeräte dagegen wurden vor allem in jenen Ländern produziert, in denen sich am frühesten die einzelnen Sportgattungen entwickelten. Mit der Verbreitung des Sports in Deutschland entstand aber auch in Deutschland eine vom Ausland unabhängige deutsche Sportartikel-Industrie, die heute nicht nur den einheimischen Markt des Volkssports versorgt, sondern sich auch zu einer beachtlichen Exportindustrie entwickelt hat.

Wie sehr in Deutschland an der Verbesserung und Vervollkommnung aller der Sport- und Turnbewegung dienenden Fabrikate gearbeitet wird, zeigt sich vor allem auf der Leipziger Messe, wo die regelmäßig wiederkehrenden Sportmessen gewissermaßen jedesmal einen in sich abgeschlossenen Zyklus für eine Leistungsprüfung der deutschen Sportartikel- und Sportgerätefabrikation bilden. Auf der Leipziger Sportartikelmesse, hinter der der Reichsbund Deutscher Sportartikel-Fabrikanten steht, erhält man einen klaren, erschöpfenden Ueberblick über den Stand bzw. die technische Ausgestaltung und Leistungsfähigkeit der gesamten Sportartikelfabrikation, und zwar einen Ueberblick, der auf keine Art und Weise gleich instruktiv und gleich bequem zu erlangen ist. Hier bietet sich der Händlerschaft, die insbesondere durch den Reichsverband Deutscher Sportgeschäfte vertreten ist, deshalb eine einzigartige Einkaufsmöglichkeit, die dadurch noch besonders vorteilhaft ist, daß die Sportartikelmesse in der Hauptsache konzentriert und in dem neuen Ring-Meßhaus untergebracht ist, das der größte Meßpalast des Kontinents ist. Alles, was an Sportgeräten, Sportbekleidung und Sportschuhwerk für die verschiedensten Sportarten notwendig ist, ist hier auf der Messe vertreten.

So wird auch die Leipziger Frühjahrsmesse, die am 6. März beginnt, zeigen, wie es gerade die deutsche Sportartikelerzeugung und die ihr verwandten Fabrikationszweige verstehen, allen Anforderungen an individuellem Geschmack, an örtliche und klimatische Verhältnisse usw. der einzelnen Verbraucher von Sportmaterial und Sportgeräten zu entsprechen und weiterhin den Ansprüchen vollendeterer Sportmethoden usw. in der Konstruktion ihrer Sportprodukte nachzukommen.

Purkert Einzelsieger, Bayrischer Ski-Verband Mannschaftssieger.

Bei den Länderkämpfen im Skispringen in Hofgastein starteten 49 Bewerber, darunter mehrere Landesmeister. Sieger wurde Purkert (Unterpollauu) mit Note 18,611 vor Krödel (Thüringen) mit Note 17,680 und dem neuen Deutschen Skimeister Gustav Müller (Bayrisch-Zell) mit Note 17,541. Den Mannschaftswettbewerb gewann der Bayrische Ski-Verband, der bekanntlich neuer Deutscher Staffelmeister geworden ist, mit der Note 16,532.

Max Klinger

Zu seinem siebzigsten Geburtstag am 18. Februar.

„Wenn er euch hoch entgegenkommt, — das rote Haar, gleich der Flamme des heiligen Geistes, über der Stirn brennend — scharfe Augen hinter großen Brillengläsern — der Mund geschlossen, mit faltigen Zügen des Kummers und des Nachdenkens — breitschulterig, stiernackig, vollbrüstig — und euch schweigsam willkommen heißt, zurückhaltend-höflich — dann wißt ihr sogleich: ein ungewöhnlicher Mensch steht vor euch! Einer, der viele Geheimnisse in sich trägt und viel Willen zur Zukunft hat! Ein Geschlossener, Eiserner, der schwer zu ringen hat mit sich und der Welt! Und auch ein Lieber, Guter, der aber scheu und verschlossen ist und mit seinen Gefühlen karg, weil er ihr Ueberwallen fürchtet, der ewig unruhigen, nimmer zufriedenen. Und auch ihr werdet still in seiner Nähe."

So beschreibt, anschaulich und plastisch Aeußeres und Wesensart des Künstlers herausarbeitend, Franz Servaes den ersten Eindruck, den er von Max Klinger, dem deutschen Meister, empfing. Wie alt mag diese Skizze sein, aber sie ist heute noch gültig, heute mehr denn je, denn erst jetzt, nachdem der Künstler seit sieben Jahren unter der Erde ruht, heute erst, da wir seiner an seinem siebzigsten Geburtstage gedenken, wie nun sein Werk als ein fertiges Ganzes vor uns liegt, vermögen wir klarer und leidenschaftsloser die Gestalt Klingers zu erfassen und die Weiten und Grenzen seiner Kunst zu erkennen. Wie klar das Servaes schon damals herausgespürt hat, sofort nach der ersten Begegnung: den Willen Klingers zur Zukunft, das Wesen einer ringenden und schwer an Zweifeln tragenden Natur. Heute erkennen wir, wohin dieser Wille zielte. Max Klinger, in der Stadt Richard Wagners, in Leipzig, als Zeitgenosse und Landsmann Friedrich Nietzsches am 18. Februar 1857 geboren, durch die Welle des Impressionismus getragen, die auch den kaum zehn Jahre jüngeren Max Liebermann emporhob, war letztlich zu der Kunst seiner Zeit ohne innere Beziehung. Er suchte damals schon den Impressionismus zu überwinden; nicht befriedigt durch die Wiedergabe des äußeren Augenblicksindrucks, griff er, wie Jahrzehnte später die Expressionisten, über die Wirklichkeit hinaus ins Geistliche, Abstrakte, Ideelle; er hatte den hohen Schwung, die bildende Kunst über die Welt ins Uebersinnliche hinauszutragen. Aber dennoch: sein Kunsterlebnis stammte ebenso tief aus sinnlicher Schau wie aus geistigen Elementen, es war niemals ganz rein, sondern immer mit Denken und Wissen durchsetzt.

So begann er, eigentlich ganz illustrativ, mit seinen berühmten Radierungszyklen, die stets eine Geschichte oder Folge von Geschehnissen begleiteten, mit den „Rettungen ovidischer Opfer", „Amor und Psyche", der „Paraphrase über den Fund eines Handschuhs", den „Brahmsphantasien". Allen diesen Blattfolgen ist die Sehnsucht nach einem Ausdruck jenseits dieser Welt gemeinsam, ein heiß erstrebter, niemals erreichter Ausdruck. Der Wille zur Zukunft, der von den Mitteln der Vergangenheit nicht loskommt: ein tragischer Konflikt. Der ewige Zweifel zwischen Gedanken und Gestaltung, der in dem Lebenswerk Klingers ausgetragen wird.

Als Maler und Bildhauer auch suchte er immer über die Grenzen der Künste hinauszuwachsen — wiederum tragisches und erfolgloses Bemühen! In seinem großen Gemälde „Christus im Olymp" (zu dem Richard Dehmel seine schönes Gedicht schrieb) zieht er den Rahmen mit lebensgroßen Plastiken, um so eine Art Gesamtkunstwerk zu erreichen; er schafft seine berühmten Statuen (den monumentalen Beethoven, die Amphidrite, die Salomebüste, die Porträtbüste von Else Asenijeff) und strebt wiederum über die Grenzen der Plastik hinaus, wenn er den Marmor bemalt oder tönt, wenn er ihn mit verschiedenen Stoffen zusammenstellt und etwa mit Bronze komponiert; so beschreitet er den nicht unbedenklichen Weg, den Bereich der Plastik durch Materielles zu vergrößern.

Er wollte zu vieles und zu viel. Darum gelang zu wenig. Sein Ringen zwischen Gedanken und Gestaltung, ein echt deutscher und ewiger Kampf, prägt sich in der Reihe der Werke aus, die seinen Lebensweg bezeichnen. Sie bedeuten nicht Ueberwindung und Entscheidung dieses Kampfes, sondern sind selbst noch künstlerisches Ringen. Darum ward ihm, dem früher Hochgefeierten, das traurige Künstlerlos, bei seinen Lebzeiten schon überholt zu werden, vergessen zu sein. Von den Impressionisten hatte er sich abgekehrt, die Expressionisten, denen er den Weg bereitet hatte, sahen in ihm den Künstler einer vergangenen Generation. So, zwischen beiden Geschlechtern stehend, vermittelnd einstmals, verkannt sodann, starb er in der Einsamkeit auf seinem Landsitz Groß-Jena bei Naumburg.

Die Stellung seiner Kunst in der Gesamtheit zu bestimmen, dazu stehen wir ihm auch heute noch zu nahe; aber mit Dank erkennen wir in ihm den großen Willen, der Unmögliches begehrte, und wir wissen auch heute schon, daß viele seiner Werke bleiben werden als reichste, stolzeste Ausdrucksform eines künstlerischen Willens und Ringens.

— **Ungedrucktes von Pestalozzi.** Die Original-Manuskripte der Schriften, die Pestalozzi selbst in Druck gegeben hat, sind verloren. Dagegen enthält sein Nachlaß in der Zürcher Zentralbibliothek und dem dortigen Pestalozzianum neben Briefen, zahllosen Entwürfen und Vorarbeiten auch fertige Abhandlungen, die zu Pestalozzis Lebzeiten nicht veröffentlicht wurden. Diese sind zum erstenmal für die große, bei Walter de Gruyter & Co. in Berlin von Artur Buchenau, Eduard Spranger und Hans Stettbacher herausgegebene Pestalozzi-Ausgabe systematisch bearbeitet worden. Der erste jetzt erschienene Band enthält davon bereits Tagebuchaufzeichnungen und mehrere Fragmente, darunter „Kriton und Thyrsis" und „Ueber den Aufwand der Reichen". Für die Weiterführung der Ausgabe, die auch Handschriften aus anderen Bibliotheken und Sammlungen verwertet, ist möglichst vollständige Zurverfügungstellung aller noch weiter vorhandenen Schriftstücke sowie Briefe von und an Pestalozzi dringend erwünscht.

— **Wer war Ludendorff?** Die Moskauer Theaterwochenschrift „Novyi Sritel" meldet in der letzten Nummer 6 unter ihren Auslandsnachrichten folgende Neuigkeit: „Die französische Presse vermerkt den Erfolg, den die Aufführung des patriotisch-militaristischen Stückes „Reichardt aus Gneisenau" in Berlin hat. Dem Gang der Handlung nach ist es Ludendorff, der auf der Bühne erscheint." (!)

— **Ein neuer Mussorgski-Fund.** Die Leningrader Kavallerieschule (die ehemalige Nikolai-Gardejunkerschule) hat dem dortigen Konservatorium im Archiv der Schule aufgefundene Handschriften und Entwürfe Mussorgskis übergeben. Der Komponist Modest Mussorgski war 1852 bis 1856 Zögling dieser Militäranstalt. Die entdeckten Schriftstücke dürften wohl nur autographisch-biographischen Wert haben, da Mussorgski damals als blutjunger Offiziersanwärter eben seinen ersten Privatunterricht im Klavierspiel genoß.

Der Kampf um die Schutzfrist für Urheberwerke. Zur Einführung der fünfzigjährigen Schutzfrist wurde in Berlin aus den Urheberverbänden und aus den Kreisen der Originalverleger ein Aktionsausschuß gebildet. Es wurde beschlossen, die deutsche Regierung zu veranlassen, die fünfzigjährige Frist zum Schutze der Urheberwerke alsbald durch Gesetz einzuführen und auf der Staatenkonferenz in Rom für die internationale Einführung der zwingenden fünfzigjährigen Schutzfrist einzutreten.

Der gesperrte Fernsprecher. Einem Leipziger Auktionator wurden kürzlich von einem Unbekannten drei wertvolle Platinkollierets, von denen jedes einen ½karätigen Brillanten in der Mitte trug, zum Verkauf mit der Forderung angeboten, es möge eine Angabung von 2000 Mark darauf gegeben werden. Außerdem zeigte der Unbekannte einen höchst wertvollen Brillantring und einzelne Brillanten von ½ bis ¾ Karat. Der Auktionator setzte sich, weil ihm die Sache verdächtig vorkam, mit der Polizei in Verbindung, die aber nicht zu erreichen war, weil wegen Umbauarbeiten der Fernsprecher des Leipziger Polizeipräsidiums — übrigens seit langem das Schmerzenskind der Leipziger Polizei — gesperrt war. Inzwischen packte der Unbekannte seine Wertsachen wieder ein und verschwand, nachdem er offenbar gemerkt hatte, daß der Auktionator ihm nicht traute. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich bei den vorgelegten Wertsachen wahrscheinlich um Diebesgut, das aus einem Hoteldiebstahl herrührt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702182-11/fragment/page=0003

Die Moabiter Aktenschiebungen

1 Jahr Gefängnis für Rechtsanwalt Dr. Meyer — Weitere Prozesse in den nächsten Tagen

Berlin, 17. Februar. **Vor dem** erweiterten Schöffengericht **Berlin-Mitte** begann **am Montag** vormittag die erste Verhandlung **in der Moabiter Aktendiebstahlsaffäre,** und zwar der Fall, an dem der Berliner Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer mitbeteiligt ist. In den nächsten Wochen werden die übrigen Fälle, die sich um die **beiden** Justizbeamten Justizinspektor Pahlke und Justizobersekretär Rossel gruppieren, in rascher Reihenfolge zur Aburteilung **gelangen. Am 17. Februar** steht der Fall an, an dem der Assessor **a. D. Dr. Schrott beteiligt ist, am 21.** Februar die Fälle, in die **der Bürovorsteher Dr. Meyers,** Hübner, verwickelt ist und bei **denen es sich u. a. um die Akten des** flüchtigen Bankdirektors Max **Kunert handelt.**

Rechtsanwalt Dr. Meyer machte, als er kurz vor Beginn der **Verhandlung auf die Anklagebank** geführt wurde, den Eindruck **eines wahren Jammerbildes. Er** ist völlig zusammengebrochen, totenbleich, und hat eingefallene Gesichtszüge. Auch die beiden Justizbeamten, die in Moabit sehr bekannte Persönlichkeiten sind, sehen sehr elend aus. Der einzige, der sich auf freiem Fuße befindet, ist der Mechaniker Max Liecke, dessen Strafakten beseitigt worden sind. Die Anklage lautete gegen Pahlke auf Aktenbeseitigung in gewinnsüchtiger Absicht und Bestechung, und zwar in zwei Fällen. Rossel und Dr. Ludwig Meyer werden der Anstiftung zu diesem Verbrechen, der Aktenbeseitigung sowie ebenfalls der Bestechung beschuldigt. Die Anklage wurde durch Oberstaatsanwalt Binder vertreten, der auch die Voruntersuchung selbst geführt hat. Es waren zehn Zeugen und mehrere Sachverständige geladen.

Bei der persönlichen Vernehmung der Angeklagten fragt zunächst Landgerichtsdirektor Fielitz den Angeklagten Pahlke: Haben Sie besondere Passionen oder kostspielige Verhältnisse, die Sie auf diesen unrechten Weg geführt haben?

Angeklagter Pahlke: Ich habe sehr viel Alkohol getrunken und auch einmal einen dienstlichen Verweis bekommen.

Der Angeklagte Rossel gab u. a. an, daß er im Felde einen Kolbenschlag auf den Kopf bekommen habe. Im Dienste habe er nie etwas versehen, sondern sei sogar ausgezeichnet worden. Er war während des Krieges zeitweilig im Auswärtigen Amte beschäftigt.

Sodann wurde Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer vom Vorsitzenden über seine persönlichen Verhältnisse befragt. Mit teilweise tränenerstickter Stimme stand er Rede und Antwort: Ich hatte sehr viel zu tun, aber keine sehr großen Einnahmen. Ich bin sehr gutmütig und habe daher vielfach kein Honorar oder nur sehr wenig erhalten.

Vorsitzender: Wie groß war Ihr Einkommen 1926?

Angeklagter Dr. Ludwig Meyer: Etwa 10 000 Mark. (Pahlke hatte 350 M. und Rossel 300 M. Gehalt, wie sie auf Befragen angaben.)

Liecke sollte 2½ Jahre Zuchthaus absitzen.

Dr. Ludwig Meyer erwirkte aber noch einen Strafaufschub bis 15. April 1927. Jetzt setzte die Aktion ein, durch Beseitigung der Akten von Liecke das drohende Zuchthaus abzuwenden.

Der Angeklagte Rossel bestritt, gewußt zu haben, daß die Akten gestohlen werden sollten. Pahlke habe sie ihm übergeben und habe dabei gesagt, sie ließen Frist bis zum 15. Januar. Dann habe er Dr. Meyer die Akten gebracht und dieser habe ihm 300 Mark gegeben. Gleichzeitig habe er aber gesagt, er werde die Akten pünktlich zurückgeben.

Nunmehr wurde Dr. Meyer vernommen. Er erklärte, daß sich sein Mandant Liecke verfolgt fühle, daß sein Strafaufschub nur widerruflich war. Er warf ihm (Meyer) vor, daß er nichts für ihn getan hätte. Dr. Meyer führte dann zu seiner Entlastung an, er habe geglaubt, in den Akten seien Geheimverfügungen der Staatsanwaltschaft gewesen und deshalb wollte er sie nicht ordnungsmäßig einfordern. Seine Absicht sei gewesen, die Geheimverfügungen kennen zu lernen, ohne daß die Staatsanwaltschaft darum wußte. Bei dieser Gelegenheit unternahm die Verteidigung den ersten großen Vorstoß.

Rechtsanwalt Alsberg bat festzustellen, daß die Geheimverfügungen, die der Vorsitzende verlesen habe und die darauf hinausgingen, daß Liecke auf Antrag der Staatsanwaltschaft insgeheim von der Polizei beobachtet werden sollte, unter keinen Umständen dem Verteidiger und seinen Klienten bekannt werden durften. Zwischen dem Oberstaatsanwalt und den Rechtsanwälten Alsberg, Werthauer und Eisenstedt begann nun eine längere Kontroverse darüber, ob die Staatsanwaltschaft Geheimverfügungen zu den Hauptakten gibt, die die Verteidiger nicht sehen dürfen, und ob die Hauptakten Verteidigern überhaupt vorenthalten werden. Der Oberstaatsanwalt bestritt das.

Die Verteidiger wollen an Hand des Vorstoßes den Beweis dahin führen, daß Dr. Meyer

nur die Absicht hatte, die Akten kennen zu lernen

und sie nicht zu beseitigen. Dr. Meyer, dessen Aussagen von den in der Voruntersuchung gemachten Bekundung nicht unwesentlich abwichen, wurde vom Vorsitzenden auf seine Widersprüche hingewiesen. Er erklärte, daß Kriminalkommissar Kanthack bei den Vernehmungen fortgesetzt „moralische Ohrfeigen" gegeben habe, so daß er aufs äußerste verwirrt und niedergebrochen war. Daraus seien die Widersprüche zu erklären. In der jetzigen Verhandlung sage er die Wahrheit.

Dann wurden die Ehefrauen der Angeklagten Pahlke und Liecke über den Geisteszustand ihrer Ehemänner vernommen und dann die medizinischen Sachverständigen gehört. Daran schlossen sich die Schlußvorträge.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht sodann folgendes Urteil:

Justizinspektor Pahlke und Justizobersekretär Rossel werden wegen gemeinsamer schwerer Aktenbeseitigung und wegen des Verbrechens der Bestechung zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe oder weiteren 30 Tagen Zuchthaus und zu dreijährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt;

Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer wegen Anstiftung zur Aktenbeseitigung in Tateinheit mit Bestechung nach § 133 StGB. zu 1 Jahr Gefängnis,

1 Monat 3 Wochen werden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Die Bestechungsgelder von zweimal 250 Mark werden für verfallen erklärt. Der Angeklagte Liecke wird freigesprochen.

Die Werder Aktenaffäre aufgeklärt

Berlin, 17. Februar. Das Verschwinden von Gerichtsakten beim Amtsgericht in Werder a. d. Havel, über das vor einiger Zeit wiederholt berichtet wurde, ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Auf Ersuchen der Oberstaatsanwaltschaft Potsdam wurden die Berliner Kriminalkommissare Braschwitz und Zapfe vor etwa 14 Tagen mit den Ermittlungen beauftragt. Diese waren sehr schwierig, hatten aber doch Erfolg und führten jetzt zur Aufdeckung von zwei verschiedenen Gruppen von Aktenbeseitigungen.

Bei der ersten Gruppe handelt es sich um das Verschwinden von Grundbuch-, Aufwertungs- und anderen Zivilakten und auch einigen Strafakten. Der Verdacht lenkte sich hier auf einen 21 Jahre alten Walter Beck, der bei dem Amtsgericht des Justizwachtmeisters auf Probe beschäftigt war. Dieser verschwand, nachdem die Nachforschungen einige Tage im Gange waren, und ließ nichts mehr von sich hören. Man vermutete, daß er sich nach Berlin gewandt habe und suchte ihn hier, aber vergeblich. Vorgestern wurde er von der Landjägerei in Groß-Glienicke bei einem Freunde ermittelt, festgenommen und nach Werder gebracht. Die Berliner Beamten hatten unterdessen einige der verschwundenen

Akten in einem Keller

des Landgerichtsgebäudes in Potsdam wiedergefunden, in dem alte Akten abgelegt werden. Die Berliner Kommissare nahmen gestern Beck in ein eingehendes Verhör. Nach langem Zögern gab er die Aktenbeseitigung zu. Das Motiv ist jedoch hier ein ganz anderes, als bei den aufsehenerregenden Schiebungen in Berlin. **Beck** beseitigte die Akten,

um Unterschlagungen zu verdecken.

In 15 Fällen, die ihm bisher nachgewiesen wurden, hatte er Beträge von 20—80 Mark, die in den Akten gebucht waren, in seine Tasch gesteckt. Nun wußte er, daß die Akten zur Revision an das Landesgericht Potsdam geben sollten. Dadurch mußten seine Veruntreuungen aufgedeckt werden. Um das zu verhindern, ließ er die Akten verschwinden.

Die zweite Gruppe betrifft Grundbuch- und Aufwertungsakten. Die Schuldigen, die ebenfalls festgestellt und verhaftet wurden, sind zwei Kanzleiangestellte, nicht Beamte. Ihr Motiv ist noch bezeichnender. Sie beseitigten die Akten aus Bequemlichkeit, um sie nicht weiter bearbeiten zu müssen! Diese beiden hatten die Akten im Keller des Amtsgerichtsgebäudes in Werder versteckt. Ob noch andere Personen in Betracht kommen, steht noch nicht fest.

Handelsnachrichten

Balfour über die Methoden der englischen Wirtschafts-Enquete

Vor dem Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft sprach Sir Arthur Balfour, Präsident des britischen „Committee on Industry and Trade". Balfour dankte zunächst für die Einladung des Vorsitzenden der deutschen Wirtschafts-Enquête, Reichstagsabgeordneten Lammers, der deutschen Enquête-Kommission einen Besuch abzustatten. Alsdann entwickelte Balfour in kurzen Zügen die Gründe, die zu der Berufung der englischen Enquête-Kommission unter der Regierung von Macdonald im Jahre 1924 führten. Es ist von Interesse, daß die Mitgliederzahl der englischen Enquête eine kleine und die Aufgabenstellung der Enquête eine begrenzte ist. Hinsichtlich des organisatorischen Aufbaues ist zu bemerken, daß neben einem Vollkomitee fünf Untergruppen eingesetzt wurden, für die Statistiken, für den Ueberseehandel, für die natürlichen Bedingungen der britischen Industrie, für die internationalen Handelsbeziehungen und für die industriellen Verhältnisse wie z. B. Arbeiterfragen. Zu Beginn der praktischen Arbeiten stützte sich der Ausschuß vorwiegend auf alle verfügbaren amtlichen Materialien. Auf diesem Wege gelang es, wertvolle Unterrichtungen über den gegenwärtigen Zustand der englischen Wirtschaft und ganz besonders auch des Exporthandels zu gewinnen. Alsdann setzten die Vernehmungen der Sachverständigen aus den verschiedensten Wirtschaftsgruppen ein.

Man unterschied in England das sogenannte formelle und nicht formelle Verfahren. Verfahren, wobei das letzte bevorzugt wurde, weil es die Möglichkeit eines freien und fruchtbaren Gedankenaustausches zwischen dem zugezogenen Sachverständigen der Wirtschaft und den Komiteemitgliedern gestattete. Seit Mitte des Jahres 1924 ist die Enquête-Kommission an der Arbeit. Der Vollausschuß hatte bis zum Januar 1927 an 68 Tagen getagt. Das Schlußergebnis der Untersuchungen, Vernehmungen und Beratungen liegt noch nicht vor. Es wurde absichtlich zurückgestellt, da es seitens des Komitees für zweckmäßig erachtet wird, vor der Fertigstellung des endgültigen Berichtes alle diejenigen Materialien vorzulegen, die zu seinem Verständnis unentbehrlich sind, ihn also gleichsam fachlich begründen.

So erschien zuerst im Juli 1925 der erste Band an Materialien unter dem Titel „Uebersicht von den Uebersee-Märkten" und im März 1926 ein zweiter unter dem Titel „Uebersichten von den industriellen Beziehungen". Beide Werke wurden von der Regierung und der Oeffentlichkeit sehr gut aufgenommen. Im Laufe des Februar 1927 wird der dritte Band über die „Elemente höchster Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handel" veröffentlicht werden, der wichtige Aufschlüsse über die Leistungsfähigkeit der englischen Industrie und des Handels geben soll. Etwa bis zur Mitte des laufenden Jahres hofft die englische Enquête-Kommission ihre Vorstudien abschließen und den sogenannten Schlußbericht vorlegen zu können.

Die Ziele, die das Komitee mit der frühzeitigen Ausgabe der so eingehend aufgesammelten Unterrichtungsmaterialien verfolgte, bestanden darin, die Oeffentlichkeit auf die Ergebnisse der Enquête vorzubereiten und bei ihr ein größeres sowie verständigeres Interesse zu erwecken. Letzteres ist nach Mitteilung von Balfour voll erreicht. Balfour gab schließlich andeutungsweise eine vorläufige Uebersicht über die Anlage des Schlußberichtes. Voraussichtlich bringt der Bericht, wie Balfour glaubt, eine Darstellung von Richtlinien und Empfehlungen bezüglich der Erzeugung, Organisation und Absatzregelung von Englands Industrie und Handel, sowie alsdann einen allgemeinen Teil, der eine Reihe von wirtschaftspolitischen Spezialthemen, so z. B. auch die Kartellierung behandeln wird. Bemerkenswert ist, daß die englische Enquête eine Betrachtung der Landwirtschaft ausgeschlossen hat. Balfour schloß mit der Feststellung, daß bisher alle Berichte von sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses in voller Uebereinstimmung unterschrieben wurden und knüpfte eine Einladung für den Vorsitzenden der deutschen Wirtschafts-Enquête, Reichstagsabgeordneten Lammers, nach England an.

Webstoffe

Preiserhöhungen am deutschen Baumwollwarenmarkt. Auf der am 16. Februar in Stuttgart abgehaltenen Industrie- und Handelsbörse setzte sich die anziehende Tendenz weiter fort. Baumwollgarne stiegen um 1 Dollarcent pro Kg. und Gewebe um ¼ Dollarcent per Meter. Im einzelnen notierten: Baumwollgarne: (beste süddeutsche Qualitäten): Nr. 28 engl. Trossel 6—82 (59—61) Dollarcents = 2,52—2,60 Mark (2,48—2,56 M.) per Kg. Nr. 30 engl. Trossel 74—76 (73—75) Dollarcents = 3,11—3,19 Mark (3,07—3,15 M.) per Kg., Nr. 36 engl. Trossel 76—78 (75—77) Dollarcents = 3,19—3,28 (3,15—3,23) Mark per Kg., Nr. 42 engl. Pincops 79—81 (78—80) Dollarcents = 3,32—3,40 Mark (3,28—3,36 M.) per Kg. Baumwollgewebe: (beste süddeutsche Qualitäten): 88 Ztm. Cretonnes 16/16 aus 20/20er per Meter 11¾—12¼ (11½—12) Dollarcents = 49,3—51,4 (48,3—50,4) Mark, 88 Ztm. Renforce 18/18 aus 30/30er per Meter 10¾—11¼ (10½—11) Dollarcents = 45,1—47,2 (44,3—46,2) Mark, 92 Ztm. glatte Kattune 19/18 aus 36/42er per Meter 9¾—10¼ (9½—10) Dollarcents = 40,9—43 (39,9—42) Mark. Die in Klammern befindlichen Zahlen sind die Notierungen der letzten Börse. Die nächste Börse findet am 2. März in Stuttgart statt.

Aus der neuen internationalen Kunstseiden-Kombination. Die wirtschaftlichen und produktionstechnischen Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. Elberfeld, der englischen Courtaulds-Gruppe und der italienischen Snia Viscosa dürften auch organisatorische Aenderungen mit sich bringen. **Wohl im Zusammenhang mit der erfolgten finanziellen Stützung** der italienischen Snia Viscosa soll **demnächst Dr. Blüthgen** als Vertreter der Glanzstoffgruppe in **den Verwaltungsrat** der Snia Viscosa eintreten und in gleicher **Weise dürfte auch England** eine Persönlichkeit in die Leitung des italienischen Werkes entsenden.

Konkurs in der New-Yorker Wollwarenbranche. Die New-Yorker Wollwarenfirma Franz Merz befindet sich mit 800 000 Dollar Aktiven und 1 Million Dollar Passiven in Konkurs.

Die Einheitspreis-Geschäftspläne der Rudolph Karstadt A.-G. Die Rudolph Karstadt A.-G., Hamburg, will bekanntlich schon seit einiger Zeit den Warenverkauf zu Einheitspreisen in ihr Arbeitsgebiet aufnehmen und hat zu diesem Zweck die „Epa", Einheitspreis A.-G., Hamburg, gegründet, die den Betrieb dieser Gruppe von Geschäften des Karstadt-Konzerns führen soll. In der Reichshauptstadt schweben zurzeit eine Reihe von Verhandlungen, die auf Ermietung geeigneter Ladenräume in guten Geschäftsgegenden anzielt. In der Großen Frankfurterstraße ist bereits ein diesbezüglicher Abschluß perfekt geworden. In der Provinz sind bereits „Epa" Einheitspreisläden, so in Hamburg, Bremen und Duisburg, eröffnet, denen drei weitere Geschäfte in Harburg, Bremerhaven und Buer folgen sollen.

Plauener Spitzenfabrik A.-G., Plauen (Vogtl.). In der H.-V. wurde der Abschluß genehmigt und Vorstand und Aufsichtsrat entlastet, außerdem beschlossen, das Aktienkapital von 900 000 Rm. auf 750 000 Rm. herabzusetzen durch Einziehung der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Vorratsaktien. Die Verwaltung teilt noch mit, daß der Umsatz im vergangenen Jahre durch Ausfall des Exportes erheblich geringer war. Schuld trug ferner daran beim Inlandsmarkte die Mode und die Konkurrenz.

Liquidationskurse per Medio Februar

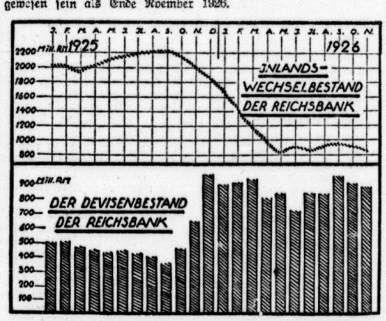
Allg. Deutsch. Eb. 110 (108), **Dt.-Austr. Dmpf.** 170 (175), **Hamburg-Amerika Pak.** 170 (175), **Hambg.-Südamerika Dmpf.** 231 (235), **Hansa-Dampfschiff** 241 (230), **Kosmos-Dampfschiff** 170 (175), **Norddeutsch. Lloyd** 156 (160), **Reichsbahn Vorz.-Akt.** 112 (112), **Barmer Bankverein** 195 (185), **Berlin. Handels-Ges.** 295 (285), **Commerz- und Priv.-Bk.** 225 (218), **Darmst. und Nationalbank** 300 (294), **Deutsche Bank** 206 (208), **Diskonto Komm.** 195 (196), **Dresdner Bank** 191 (190), **Mitteld. Kreditbk.** 202 (197), **Metallbank** 178 (176), **Leipziger Credit** 178 (182), **Schultheiß-Patzenh.** 375 (345), **A. E. G.** 173 (174), **Bergmann Elektr.** 191 (190), **Berl. Maschinenbau** 148 (140), **Bochum Gußstahl** 194 (195), **Buderus Eisenw.** 133 (142), **Charlottenb. Wasser** 143 (136), **Contin. Caoutchouc** 134 (126), **Essener Steinkohle** 220 (207), **Daimler Motoren** 125 (212), **Dessauer Gas** 216 (196), **Dt.-Luxemburg. Bergw.** 194 (213), **Deutsche Erdöl** 210 (125), **Deutsche Maschinen** 133 (159), **Dynamit Nobel** 164 (185), **Elektr. Lieferungen** 199 (201), **Elektr. Licht und Kraft** 200 (201), **J.-G. Farbenindustrie** 332 (325), **Felten u. Guillaume** 179 (172), **Gelsenkirch. Bergw.** 195 (196), **Ges. f. elektr. Untern.** 242 (231), **Hamburger El.-Werk** 182 (184), **Harpener Bergb.** 235 (212), **Ph. Holmann** 194 (184), **Hoesch Eisen u. Stahl** 214 (209), **Ilse Bergbau** 367 (287), **Goldschmidt** 162 (170, **Kaliw. Aschersleben** 220 (184), **Klöckner Werke** 191 (189), **Köln-Neuessen Bergw.** 229 (217), **Linke-Hofmann-L.** 98 (95), **Ludwig Loewe** 324 (329), **Mannesmannröhren** 242 (244), **Mansfelder Bergbau** 159 (152), **National. Automob.** 144 (120), **Oberschl. Eisenb.-Bedarf** 133 (126), **Oberschl. Koksiwerke** 149 (150), **Orenstein u. Koppel** 148 (147), **Ostwerke** 354 (296), **Otavi-Minen und Eis** 42 (43), **Phönix-Bergbau** 140 (146), **Rhein. Elektr.-Werk** 179 (185), **Rhein. Braunk. u. Br.** 319 (297), **Rhein. Stahlwerke** 228 (221), **A. Riebeck-Montan** 189 (188), **Schles. Elektr. u. Gas La. B.** 217 (218), **Rütgerswerke** 143 (145), **Salzdetfurth Kali** 284 (247), **Schuckert u. Co.** 181 (179), **Siemens u. Halske** 231 (213), **Leonhard Tietz** 142 (136), **Westeregeln Alkali** 224 (191), **Transradio, A.-G.** 156 (154), **Zellstoff-Waldhof** 283 (268), **Vereinigte Stahl** 154 (157), **Vereinigte Glanzstoff** 583 (555). **Die Kurse der vorhergehenden Termine stehen in Klammern.**

Londoner Goldpreis. Der Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923 beträgt für eine Unze Feingold 84 sh 10¾ pence, für ein Gramm Feingold demnach 32,7536 pence.

Zum Buche Dr. Schachts

Der Inlandswechsel- und der Devisenbestand der Reichsbank

Das soeben erschienene Buch Dr. Schachts über die „Stabilisierung der Mark" enthält eine aufschlußreiche graphische Uebersicht über die wichtigsten Anlagemittel der Reichsbank. Mit Genehmigung der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart entnehmen wir nun dieser graphischen Uebersicht die Kurve über den Inlandswechselbestand, weil dieser Inlandswechselbestand bisher insofern unbekannt war, als im Reichsbankausweis Inlandswechsel in einer Zahl zusammengefaßt ausgewiesen werden. Allerdings ist bei dieser Darstellung zu berücksichtigen, daß in diesem Inlandswechselbestand auch die rediskontierten Wechsel enthalten sind, über die die Reichsbank bis Mai 1926 verfügte. In dem Zeitraum von Mai 1926 bis November 1926 ist nun trotz der in dieser Zeit eingetretenen leichten Belebung der Wirtschaft keine bemerkenswerte Steigerung des Inlandswechselbestandes eingetreten. Seit November 1926, wo die graphische Darstellung abschließt, dürfte allerdings unter dem Druck der gesteigerten Anforderungen der Wirtschaft zum Jahresultimo eine größere Erhöhung des Inlandswechselbestandes eingetreten sein. Auch Ende Januar dieses Jahres dürfte der Inlandswechselbestand noch höher gewesen sein als Ende Noember 1926.



Auf Grund der Angaben in dem Buche Dr. Schachts und unter Benutzung der laufenden Reichsbankausweise ist es nunmehr auch möglich, den gesamten Devisenbestand der Reichsbank annäherungsweise zu berechnen. Bekanntlich wurde dieser Devisenbestand unter den „Deckungsfähigen Devisen" teils offen ausgewiesen, teils war er versteckt unter den sogenannten „Sonstigen Aktiven". Das Ergebnis dieser Berechnungen zeigt der untere Teil des Schaubildes. Es ergibt sich daraus, daß der gesamte Devisenbestand der Reichsbank im September 1925 ein Minimum erreicht hatte und daß er dann sehr schnell angewachsen ist und sich im Laufe des Jahres 1926 auf der ansehnlichen Höhe zwischen 700 und fast 1000 Millionen RM. gehalten hat. Es ist anzunehmen, daß seit November 1926 eine gewisse Verminderung dieses Devisenbestandes eingetreten ist.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Seltheim; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Henningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans-Ulrich Krinicke; für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 25, Leitung: Alfred M. Kamel.